

Positionspapier 2021/135

Eine wirtschaftspolitische Steuerung zur Unterstützung einer „besseren grünen und digitalen Normalität“ für alle

Dokument verabschiedet in der 22. Sitzung des Exekutivausschusses von industriAll Europe
Hybride Sitzung, 30. November & 1. Dezember 2021

Eine faire und inklusive Erholung von der COVID-19-Krise hin zu einer grünen und digitalen Wirtschaft hängt von einem erfolgreichen Ausstieg aus den seit Beginn der Pandemie zum Schutz der Wirtschaft ergriffenen Maßnahmen ab. Eine vollständige grüne und digitale Transformation der gesamten europäischen Industrie erfordert jedoch eine progressive und zukunftsorientierte Reform der wirtschaftspolitischen Steuerung der EU. Das makroökonomische Regelwerk der EU muss reformiert werden, um die notwendige Investitionskapazität der Mitgliedstaaten zu gewährleisten. Sparmaßnahmen machen es unmöglich, die Dekarbonisierungs- und Digitalisierungsagenda auf gerechte und integrative Weise umzusetzen.

Die Europäische Kommission wird voraussichtlich im Herbst 2021 die Debatte über die Überprüfung des makroökonomischen Rechtsrahmens der Eurozone einleiten. Das Europäische Parlament [forderte](#) diese Überprüfung im Juli 2021. Die Debatte muss über die Eurozone hinausgehen und das gesamte System der wirtschaftspolitischen Steuerung der EU berücksichtigen.

Auf der einen Seite gibt es politische Stimmen, die sich dafür aussprechen, dass Teile der befristeten Unterstützungsmaßnahmen dauerhaft gelten. Frankreich und Italien zum Beispiel wollen den Fluss der EU-Investitionen aufrechterhalten und das Konzept gemeinsam gesicherter Schulden beibehalten. Auf der anderen Seite sprechen sich einflussreiche konservative und liberale Politiker für eine Rückkehr zu den strengen wirtschafts- und haushaltspolitischen Regeln aus der Zeit vor der Pandemie aus. Sie wollen, dass die „Haushaltsorthodoxie“ so schnell wie möglich wieder eingeführt wird, und in der Tat hat die Europäische Kommission die Deaktivierung der allgemeinen Ausweisklausel bereits für das Jahr 2023 angekündigt. Das bedeutet, dass die für die Umwandlung der europäischen Industrie in einen grünen und digitalen Weltmarktführer erforderliche konjunkturstützende Finanzpolitik im Jahr 2023 enden könnte. Es versteht sich von selbst, dass der von allen politischen Akteuren angestrebte Wandel ohne einen

unterstützenden Haushaltsrahmen, der Investitionen dort ermöglicht, wo sie benötigt werden, nicht möglich ist.

Eine schnelle Rückkehr zur ökonomischen und geldpolitischen Disziplin wäre ein großer Fehler und würde viele der Aufschwungs- und Transformationsbemühungen zunichte machen. Staatliche Intervention hat für alle etwas gebracht. Wir dürfen nicht den Fehler einer Rückkehr zu einer vollständig marktgesteuerten Wirtschaftspolitik machen. Europa muss zeigen, dass es aus den Fehlern der letzten Finanzkrise 2008-2009 gelernt hat. Damals stürzten die harte Sparpolitik und die „Haushaltsorthodoxie“ die europäische Wirtschaft in eine tiefe Rezession. In einer Zeit, in der antidemokratische Bewegungen großen Zulauf haben, Populismus zunimmt und sich die Klimakrise verschärft, können wir es uns nicht leisten, dieselben Fehler zu machen.

Die Pandemie hat die bereits bestehenden Ungleichheiten in Europa verstärkt, unabhängig davon, ob wir über wirtschaftliche Ungleichheit, den Zugang zu Bildung oder den Stand der Digitalisierung und der Dekarbonisierung der Industrie in verschiedenen europäischen Ländern sprechen. Die Politiker haben einen „besseren Wiederaufbau“ versprochen. Die europäischen Arbeitnehmer*innen wollen dieses Versprechen erfüllt sehen, indem sie durch qualitativ hochwertige Arbeitsplätze und Zugang zu lebenslangem Lernen und angemessenen Sozialleistungen ihren gerechten Anteil am Aufschwung erhalten.

In diesem Positionspapier warnt industriAll European Trade Union vor einem zu frühen Ende der Maßnahmen, die die Wirtschaft am Laufen gehalten haben, und plädiert für eine fortschrittliche Reform des EU-Systems der wirtschaftspolitischen Steuerung. Wir verweisen auf das Paradoxon zwischen der Rhetorik vieler Politiker, die eine bessere Zukunft versprechen, und den drohenden Sparmaßnahmen, die hinter den geforderten Reformen im Zusammenhang mit den nationalen Konjunktur- und Resilienzplänen stehen. Wir zeigen die Gefahr zunehmender Ungleichheiten auf, die zu einer gespaltenen Gesellschaft mit Gewinnern und Verlierern des Aufschwungs und der Transformation zu führen drohen. Wir stellen Best-Practice-Lösungen für diese Herausforderungen vor, die von und/ oder gemeinsam mit den Sozialpartnern in einigen Mitgliedstaaten umgesetzt wurden. Abschließend erläutern wir unsere Forderungen an die politischen Entscheidungsträger und Arbeitgeber, um die Bedrohungen zu mildern und einen fairen Aufschwung und gerechte Übergänge zu erreichen. Es ist eine gemeinsame Verantwortung aller gesellschaftlichen Akteure, eine grünere, digitale und integrativere Wirtschaft aufzubauen und so eine bessere „Normalität“ für alle zu erreichen.

Das Paradoxon auflösen

Das beispiellose [Konjunkturprogramm](#) weckte viele Hoffnungen auf eine bessere Zukunft in ganz Europa, indem die finanziellen Mittel für die Mitgliedstaaten aufgestockt wurden, um die ehrgeizigen klimapolitischen und digitalen Ziele der EU-Industriestrategie und des Green Deal zu erreichen. Eine Rückkehr zur Normalität vor der Pandemie, mit der Zunahme prekärer Arbeitsplätze und der Ungleichheiten, war nicht Teil dieser Hoffnungen. Die Armut trotz Erwerbstätigkeit, einer der stärksten Indikatoren für die Prekarität von Jobs, hat seit 2005 stetig zugenommen, wobei junge Menschen und Arbeitnehmer*innen in atypischen Beschäftigungsverhältnissen am häufigsten betroffen sind. Darüber hinaus wurde in den meisten EU-Ländern ein Rückgang der Quoten des Übergangs von befristeten zu

unbefristeten Arbeitsverträgen verzeichnet, während der Übergang von befristeten Arbeitsverhältnissen in die Arbeitslosigkeit dramatisch anstieg.

Die Entscheidung der Politiker für ein gemeinsames europäisches Instrument zur Finanzierung des Aufschwungs in der gesamten EU war ein positives Signal. Auf dem [Sozialgipfel in Porto](#) erkannten die Staats- und Regierungschefs außerdem die Notwendigkeit an, vom BIP als einzigem Instrument zur Messung des Wachstums abzurücken und sich an anderen Indikatoren zu orientieren, die das soziale und ökologische Wohlergehen berücksichtigen. Tarifverhandlungen und sozialer Dialog waren in aller Munde, da die politischen Entscheidungsträger diese beiden Instrumente zur Gewährleistung einer gerechteren Umverteilung von Gewinn endlich wiederentdeckten.

Dieser positiven Rhetorik muss jedoch politisches Handeln folgen. Die politischen Entscheidungsträger müssen der Versuchung widerstehen, bei der Auszahlung der Gelder aus der [Aufbau- und Resilienzfazilität](#) an die Mitgliedstaaten auf kurzfristige „Haushaltsorthodoxie“ und strenge wirtschaftliche Vorsicht zu setzen. Die Gelder müssen den wirtschaftlichen Aufschwung weiterhin fördern, der dank der derzeitigen Unterstützungsmaßnahmen eingeleitet wurde, und die für die grünen und digitalen Übergänge erforderlichen Investitionen bereitstellen. Auf keinen Fall dürfen die Gelder für den Aufschwung an Maßnahmen geknüpft werden, die einer Sparpolitik durch die Hintertür gleichen. Dies würde die Ungleichheit zu verschärfen drohen, indem die Lasten erneut den Arbeitnehmer*innen und Bürger*innen aufgebürdet werden. In Krisenzeiten stehen die automatischen fiskalischen Stabilisatoren (wie erhöhte Sozialausgaben) hinter dem Haushaltsdefizit. Dies muss bei der Lösung der Krise und der Sicherstellung der notwendigen produktiven Investitionen zur Bewältigung der doppelten Übergänge berücksichtigt werden.

Die Bedrohung durch Sparmaßnahmen durch die Hintertür wird allerdings in einigen länderspezifischen Empfehlungen des Europäischen Semesters deutlich, die der Kommission als Orientierungshilfe bei der Bewertung der nationalen Konjunktur- und Resilienzpläne dienen sollen. Einige Beispiele sind erwähnenswert: Fast allen Mitgliedstaaten wird empfohlen, ihre nationalen Rentensysteme zu reformieren, um sie nachhaltiger zu machen. Es geht darum, die private Altersvorsorge attraktiver zu machen (Empfehlung für Deutschland) oder das Renteneintrittsalter zu erhöhen (Empfehlung für Frankreich, Litauen, Rumänien usw.). In einigen Fällen ist die empfohlene Anhebung des Rentenalters absurd, wie im Falle [Litauens](#). Die Kommission verlangt von einem Land, in dem die Lebenserwartung für Männer bei 71,5 Jahren liegt, das Renteneintrittsalter auf 72 Jahre anzuheben.

Einige Reformen wurden bereits eingeleitet. In [Griechenland](#) hat die Regierung ein höchst umstrittenes Arbeitsgesetz verabschiedet, durch das die Arbeitszeit verlängert und das Grundrecht der Arbeitnehmer*innen auf Streik einschränkt wird. In der [Slowakei](#) ist die Regierung ebenfalls dabei, den Sozialstaat abzubauen und die sozialen Rechte der Bürger zu beschneiden. In Italien hat die Regierung den Entlassungsstopp, der Massenarbeitslosigkeit verhinderte, wieder zurückgenommen. Glücklicherweise gelang es den Sozialpartnern, eine weitere Verlängerung bis Ende Oktober 2021 zu erreichen.

Rumänien ist ein gutes Beispiel für die dringende Notwendigkeit, vom BIP abzukommen und zu Indikatoren überzugehen, wie sie von den europäischen Sozialpartnern [vorgeschlagen](#) werden. Das Land [verzeichnet](#) paradoxerweise das höchste BIP-Wachstum in der Sommerprognose 2021 der Kommission (7,4 %),

während etwa 30 % der Bürger*innen [von Armut bedroht](#) und etwa 15 % von [schwerer materieller Entbehrung](#) betroffen sind. Rumäniens nationaler Konjunktur- und Resilienzplan und die länderspezifischen Empfehlungen der Kommission tragen bedauerlicherweise wenig dazu bei, dieses Paradoxon zu beseitigen und für mehr soziale Gerechtigkeit zu sorgen, um den Weg für eine Aufwärtskonvergenz in der EU zu ebnen. Ähnliche Widersprüche lassen sich in ganz Mittel- und Osteuropa beobachten. Eine progressive Reform des Governance-Systems und der Wirtschaftspolitik der EU ist erforderlich, um die notwendigen Investitionen für die europäische Integration durch Aufwärtskonvergenz zu ermöglichen.

Leider werden die fortschrittlichen sozialen Reformen, die in den meisten EU-Ländern dringend erforderlich sind, in den länderspezifischen Empfehlungen des Europäischen Semesters entweder ignoriert oder es fehlt an Stärke, sie umzusetzen. Die soziale Dimension des Aufschwungs und des grünen und digitalen Wandels zu ignorieren, ist der sicherste Weg in eine Katastrophe, die zu sozialen Unruhen und populistischer Aufruhr in Europa führen wird. Progressive Sozialreformen sind unter anderem erforderlich, um den sozialen Dialog und die Tarifverhandlungsstrukturen in ganz Europa aufzubauen, wiederherzustellen und zu stärken. Sie sind der Schlüssel zur Sicherung hochwertiger Arbeitsplätze und gerechter Übergänge und eines guten Lebensstandards für die Beschäftigten. Viele Mitgliedstaaten haben nicht nur die Empfehlung der Kommission zur Verbesserung des sozialen Dialogs ignoriert, sondern auch die Vorgabe missachtet, die Sozialpartner in die Ausarbeitung der nationalen Konjunktur- und Resilienzpläne einzubeziehen. Die Beteiligung war in den meisten Ländern nur unzureichend, in einem Prozess, der eher den Eindruck erweckte, dass die Regierungen die Sozialpartner informierten, anstatt sie zu konsultieren. So viel zu den Politikern, die auf dem Sozialgipfel in Porto den sozialen Dialog und die Tarifverhandlungen lobten!

Die EU muss ihr System der wirtschaftspolitischen Steuerung progressiv reformieren, um einen erfolgreichen Aufschwung und eine grüne und digitale Wirtschaft zu gewährleisten. Es sind gerechtere Steuersysteme erforderlich, die eine Umverteilung der Gewinne in die Länder gewährleistet, in denen die Arbeitnehmer*innen zu ihrer Erwirtschaftung beitragen. Eine gerechtere Umverteilung ist unerlässlich, um sicherzustellen, dass Investitionen in ganz Europa getätigt werden und nicht nur in bestimmten Regionen, in denen Unternehmen ansässig sind. Die jüngste politische Einigung auf einen Mindestkörperschaftssteuersatz von 15 %, die im Rahmen der OECD erzielt wurde, ist ein Schritt in die richtige Richtung. Die EU sollte jedoch mit noch ehrgeizigeren Maßnahmen nachziehen, die dringend erforderlich sind, um eine gesplante Gesellschaft mit Gewinnern und Verlierern zu verhindern.

Eine Spaltung der Gesellschaft in Gewinner und Verlierer verhindern

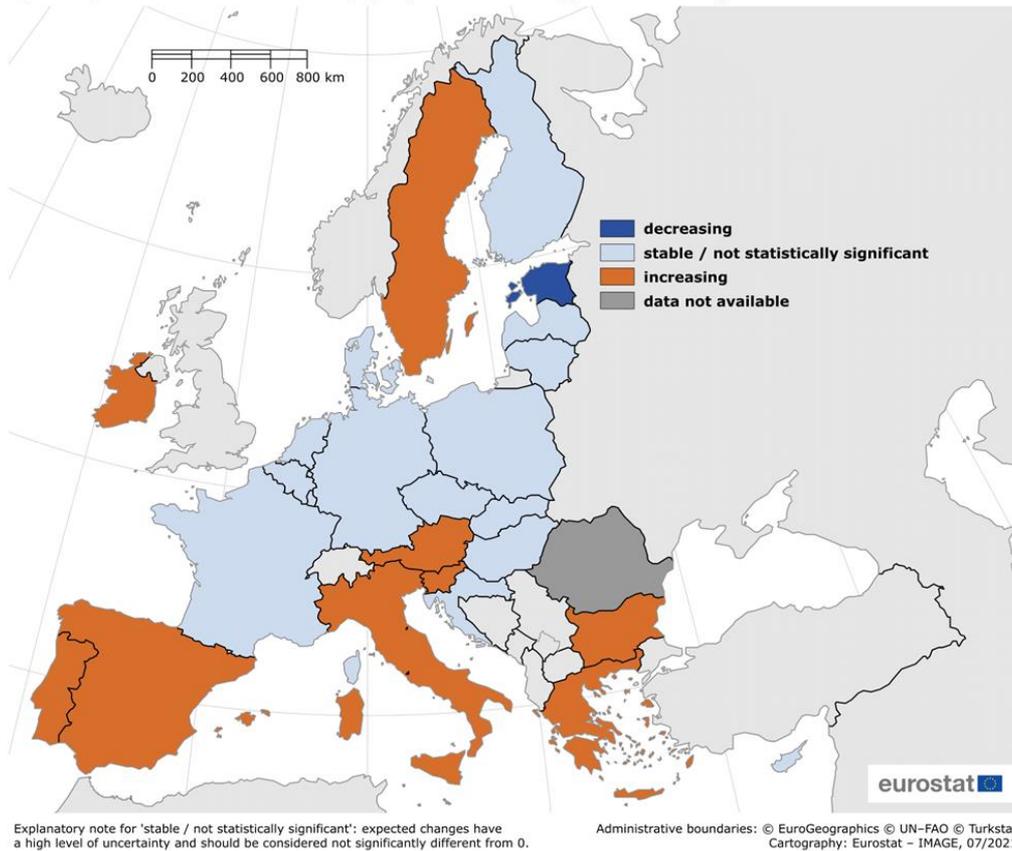
Mehr als ein Jahr nach Beginn einer beispiellosen Wirtschafts- und Gesundheitskrise, die Millionen Menschen in Armut und ohne Zugang zu medizinischer Versorgung, Impfungen oder Bildung zurückließ, gibt es [Berichten](#) zufolge weltweit 5,2 Millionen neue Millionäre. Außerdem stellen die Dollar-Millionäre zum ersten Mal 1 % der erwachsenen Weltbevölkerung. Dieses 1 Prozent besitzt fast die Hälfte des weltweiten Reichtums, während die ärmste Hälfte der Bevölkerung nur 1 Prozent besitzt.

Wenn diese Zahlen nicht ausreichen, um ein klares Bild von der boomenden Ungleichheit (in all ihren Dimensionen) und der Ungerechtigkeit in unserer Gesellschaft zu zeichnen, dann sollten wir uns einen

Moment Zeit nehmen, um über die Tatsache nachzudenken, dass Milliardäre inmitten einer Pandemie, einer Wirtschaftskrise und eines Klimanotstandes ins All fliegen. Während Milliardäre also riesige Mengen an Kohlenstoff ausstoßen, verlieren Arbeitnehmer*innen ihren Arbeitsplatz und ihren Lebensunterhalt, weil es an Voraussicht und Investitionen in die Dekarbonisierung fehlt, weil Unternehmen umstrukturiert werden und weil Branchen in dem Bemühen, den Klimawandel abzuschwächen, „stillgelegt“ werden. Nur wenige stellen ein System in Frage, das es einigen wenigen Menschen ermöglicht hat, den Reichtum anzuhäufen, der notwendig ist, um einige der [UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung](#), wie die Beendigung des Hungers in der Welt, zu erreichen. Eine solche unverhältnismäßige Anhäufung von Reichtum ist möglich, weil es in der globalen und europäischen Wirtschaft kein gerechtes Steuersystem gibt (das Fehlen eines fairen, progressiven internationalen oder zumindest europäischen Steuersystems begünstigt die Reichen, die vermeiden können, ihren gerechten Steueranteil in den Ländern zu zahlen, in denen die Arbeitnehmer*innen zur Erwirtschaftung der Gewinne beitragen; im Gegensatz dazu zahlen die Arbeitnehmer*innen ihren Anteil, weil sie nicht in Steuerparadiese flüchten können). Darüber hinaus ist eine solche unverhältnismäßige Anhäufung von Reichtum durch einige wenige Glückliche nur in einem System möglich, in dem die Arbeitnehmer*innen in einem Wettlauf nach unten, durch Sozialdumping und fehlende Sorgfaltspflicht in den globalen und europäischen Wertschöpfungsketten ausgebeutet werden. Wir sitzen ganz eindeutig nicht alle in einem Boot!

Die Ungleichheiten nehmen seit Beginn der Pandemie überall und auf einem höheren Niveau zu. Im Vergleich zum Rest der Welt konnte die Situation in Europa jedoch dank staatlicher Eingriffe mehr oder weniger unter Kontrolle gehalten werden. Nach [Angaben](#) von Eurostat sank das Arbeitseinkommen der Haushalte im Jahr 2020 EU-weit um 7 %. Das verfügbare Einkommen blieb jedoch stabil, was vor allem auf die weit verbreitete Inanspruchnahme von Einkommensbeihilfen und Programmen zum Erhalt von Arbeitsplätzen zurückzuführen ist. Dies zeigt deutlich, wie wichtig ein erfolgreicher Ausstieg aus den Unterstützungsmaßnahmen ist, um eine Katastrophe in unserer Gesellschaft zu vermeiden, die den bereits zunehmenden Populismus nur begünstigen würde. Dennoch sind die unteren Einkommensgruppen am stärksten betroffen, da die Armut trotz Erwerbstätigkeit in Portugal, Griechenland, Spanien, Italien, Irland, Slowenien, Bulgarien, Österreich und Schweden zugenommen hat. Wir brauchen eine progressive Reform der wirtschaftspolitischen Steuerung in der EU, die progressive soziale Reformen ermöglicht und die Investitionen fördert, die zur Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze in ganz Europa erforderlich sind.

At-risk-of-poverty rate in 2020, early estimates (compared with 2019; population aged 18-64)



Junge Menschen sind wieder einmal am stärksten betroffen. Die [Jugendarbeitslosigkeit](#) ist erneut viel höher als die [allgemeine Arbeitslosigkeit](#) (17,3 % gegenüber 7,3 %). Das Risiko langfristiger Folgen ist für diese Gruppe enorm, da viele von ihnen langzeitarbeitslos, nicht erwerbstätig und in Armut enden könnten. Die Auswirkungen auf die psychische Gesundheit junger Menschen sind ebenfalls unverhältnismäßig. Laut OECD berichten durchschnittlich 34,4 % der jungen Menschen im Alter von 18 bis 29 Jahren über negative Auswirkungen auf ihre psychische Gesundheit, während es bei den 50- bis 64-Jährigen nur 19,4 % sind.

Auch einige nationale Beispiele sind erwähnenswert. In Frankreich ist das Finanzvermögen [schätzungsweise](#) um 50 Milliarden Euro höher, als es ohne die Pandemie gewesen wäre, und etwa 50 % dieses Geldes ging an die oberen 10 %. Gleichzeitig ist die Verschuldung der ärmsten 10 % gestiegen. Einer der Gründe für diese zunehmende Ungleichheit liegt darin, dass die aktuelle Pandemiekrise die Hochqualifizierten begünstigte. Diese waren in der Lage, Telearbeit zu leisten und mussten weniger Geld ausgeben, während die Mittel- und Geringqualifizierten, die nicht mehr arbeiten konnten, unter der Krise litten. In Spanien nahm die Einkommensungleichheit zu, insbesondere in den ersten sechs Wochen des Lockdowns im Jahr 2020. Die von der Regierung in Absprache mit den Sozialpartnern eingeführte Regelung zum Erhalt von Arbeitsplätzen hat rund 600 000 entlassenen Arbeitnehmer*innen etwa 70 % des vorherigen Einkommens gesichert. Es bleibt jedoch abzuwarten, wie viele von ihnen nach dem Ende der Unterstützungsmaßnahmen noch in einem Beschäftigungsverhältnis stehen werden.

Die polarisierenden Folgen der aktuellen Krise für die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt werden immer deutlicher, insbesondere wenn man die wachsende Nachfrage nach hochqualifizierten Arbeitskräften betrachtet. In Belgien gaben zwei Drittel der 600 im Mai 2021 [befragten](#) Unternehmen an, dass sie Schwierigkeiten haben, geeignete Bewerber*innen zu finden. Der Fachkräftemangel, aber auch der allgemeine Mangel an Arbeitskräften, ist ein weit verbreitetes Problem in ganz Europa. Endemische Ungleichheiten zwingen und zwingen immer noch Millionen von (vor allem jungen) Menschen aus dem Süden und Osten Europas, ihr Land auf der Suche nach einem besseren Leben zu verlassen. Das dramatischste Beispiel ist [Bulgarien](#), das von Entvölkerung bedroht ist, da es bis 2040 schätzungsweise 25 % seiner Bevölkerung verlieren wird. Diese Entvölkerung und die Abwanderung von Fachkräften führen zu einer weiteren Verarmung der Arbeitsmärkte und der Sozialsysteme. Die Herkunftsländer können nicht mehr von ihren Investitionen in die Aus- und Weiterbildung profitieren, was die wirtschaftlichen und sozialen Ungleichgewichte zwischen den EU-Ländern weiter verschärft. Wir brauchen eine progressive Reform des Systems der wirtschaftspolitischen Steuerung in der EU, um die beiden Hauptursachen der Ungleichheit in Europa, nämlich die soziale Fragmentierung und das Sozialdumping, wirksam zu bekämpfen.

Die Gefahr einer Polarisierung durch einen grünen und digitalen Wandel ohne begleitende Maßnahmen

Der (durch die COVID-19-Krise beschleunigte) grüne und digitale Wandel verstärkt die bereits bestehenden Ungleichheiten in Europa.

Im Falle des dringend erforderlichen grünen Wandels, der von der Öffentlichkeit gefordert wird, stellt die Qualität der Beschäftigung ein Problem dar. Die Arbeitsplätze in grünen, aufstrebenden Sektoren (wie erneuerbare Energien) bieten nicht immer so gute Bedingungen wie die Arbeitsplätze in kohlenstoffintensiven Sektoren (wie Öl oder Erdöl). Aufgrund der dezentralisierten Struktur der Branche der erneuerbaren Energien mit kleineren Unternehmen auf dem Markt ist es für die Arbeitnehmer*innen schwieriger, sich gewerkschaftlich zu organisieren und Beschäftigungsbedingungen auszuhandeln, weshalb die Löhne und Leistungen in dieser Branche viel niedriger sind. Infolgedessen sehen viele Arbeitnehmer*innen den Wandel mit Sorge, was ihr künftiges Einkommen und ihre Arbeitsbedingungen angeht, da er bedeutet, dass sie ihre durch Tarifverträge und hohe Beschäftigungsstandards gesicherten Arbeitsplätze in den traditionellen Branchen aufgeben müssen, während sie gleichzeitig über die Qualität der Arbeitsplätze in den aufstrebenden Branchen und Unternehmen im Ungewissen sind. Qualitativ hochwertige Arbeitsplätze, mit angemessenen Löhnen und Arbeitsbedingungen, sind in der Tat eine wichtige Voraussetzung für einen sozialverträglichen und gerechten Übergang. Ein weiteres Problem sind Qualifikationsdefizite. Die Sicherstellung einer ausreichenden Zahl von Arbeitnehmer*innen, die die richtigen, in den grünen Branchen benötigten Fähigkeiten erwerben, muss Priorität haben. Die Behörden, die diesen Wandel vorantreiben, waren bisher nicht in der Lage, die richtigen politischen Maßnahmen zu ergreifen, um qualitativ hochwertige Ausbildungen und Schulungen zu gewährleisten, die zu qualitativ hochwertigen Arbeitsplätzen führen. Währenddessen haben viele Unternehmen noch nicht verstanden, dass Investitionen in lebenslanges Lernen und ständige Weiterbildung sowie das Recht der Arbeitnehmer*innen auf Weiterbildung für die Innovationsfähigkeit und Nachhaltigkeit eines Unternehmens entscheidend sind.

Die soziale Dimension der Dekarbonisierungsagenda ist nicht ehrgeizig genug, um sie insbesondere für Haushalte mit niedrigen und mittleren Einkommen akzeptabel zu machen. Wir begrüßen zwar die Initiativen für einen gerechten Übergang auf EU-Ebene und in einigen Mitgliedstaaten, aber sie reichen noch nicht aus, um für soziale Gerechtigkeit und Arbeitnehmerrechte zu sorgen. Die politischen Entscheidungsträger ignorieren stattdessen, dass Arbeitnehmerbeteiligung, sozialer Dialog und die Förderung der Eigenverantwortung wesentliche Erfordernisse für den Übergang sind. Der Fonds für einen gerechten Übergang, mit dem kohle- und kohlenstoffintensive Regionen beim Übergang unterstützt werden sollen, und der vorgeschlagene Sozialfonds zum Klimaschutz, mit dem die Energie- und Verkehrsarmut bekämpft werden soll, sind willkommene Instrumente zur Unterstützung des Übergangs. Sie reichen jedoch nicht aus, um die Beschäftigungsdimension anzugehen und qualitativ hochwertige Arbeitsplätze zu gewährleisten. Ein wirklich gerechter Übergang erfordert die Einbeziehung der Arbeitnehmerrechte in einen Rechtsrahmen zur Antizipation von Wandel und Umstrukturierung. Gleichzeitig ist die Reform des Systems der wirtschaftspolitischen Steuerung in der EU in dieser Debatte von zentraler Bedeutung, da Investitionen in allen betroffenen Bereichen fließen müssen und die Sozialpartner in die Gestaltung des Übergangs einbezogen werden müssen.

Die digitale Transformation wird durch eine von der Privatwirtschaft getragene Agenda beschleunigt. Die Unternehmen sehen in der digitalen Transformation das Potenzial für große Produktivitätssteigerungen und einen größeren komparativen Vorteil gegenüber dem Rest der Welt. Die Folgen für die Arbeitnehmer*innen werden jedoch nicht in vollem Umfang berücksichtigt. Viele Unternehmen neigen dazu, sich auf die wenigen Stellen für IKT-Experten mit guten Arbeitsbedingungen zu konzentrieren und vergessen dabei die tausenden gering qualifizierten Arbeitnehmer*innen, die Zugang zu Schulung und guter Beschäftigung brauchen.

Der digitale Wandel birgt die wachsende Gefahr einer Polarisierung des Arbeitsmarktes. Einerseits führt Dequalifizierung zu weniger qualifizierten Arbeitsplätzen und folglich zu weniger hochwertigen Arbeitsplätzen. Auf der anderen Seite steigt die Nachfrage nach hochqualifizierten Arbeitskräften. Die Folgen für qualitativ hochwertige Beschäftigung könnten äußerst negativ sein, wenn nicht durch öffentliche Maßnahmen, Arbeitnehmerbeteiligung und sozialen Dialog ein reibungsloser Übergang gewährleistet wird. Das System der wirtschaftspolitischen Steuerung in der EU ist auch deshalb von zentraler Bedeutung, denn es muss alle notwendigen Investitionen in Schulung und digitale Technologien in ganz Europa ermöglichen. Eine gesplante EU mit Regionen, in denen hochqualifizierte, hyperdigitale Unternehmen angesiedelt sind, und abgehängten, technologisch rückständigen Randgebieten muss vermieden werden.

Best-Practice-Lösungen der Sozialpartner

Die europäischen und nationalen Politiker tragen eine klare Verantwortung für die Bewältigung des Aufschwungs und der beiden Übergänge. Aber auch die Arbeitgeber tragen Verantwortung und müssen zu diesen Bemühungen beitragen. Der soziale Dialog hat sich in der aktuellen Krise bewährt. Die Programme zum Erhalt von Arbeitsplätzen, die Millionen von Arbeitsplätzen in ganz Europa gerettet haben, sind das Ergebnis von Gewerkschaftsforderungen, die mit den Arbeitgebern ausgehandelt und von den Regierungen umgesetzt wurden. Die EU hat durch [SURE](#) ihren Teil beigetragen, indem sie den Regierungen bei der Finanzierung dieser Programme die dringend benötigte Unterstützung gewährt hat.

SURE muss fortgesetzt werden, solange die enormen Herausforderungen der beiden Übergänge noch vor uns liegen. Die Arbeitgeber müssen sich mit den Gewerkschaften an den Verhandlungstisch setzen, auch in den Ländern, in denen sie dies noch nicht getan haben, wie in Mittel- und Osteuropa (aber nicht nur!), und ausgewogene Lösungen für einen fairen Aufschwung und erfolgreiche gerechte Übergänge finden.

In Ländern, in denen die Arbeitgeber den Gewerkschaften folgen und sozialpartnerschaftlich handeln, werden Best-Practice-Lösungen gefunden und umgesetzt, um sicherzustellen, dass die Wirtschaft läuft, dass gute Arbeitsplätze erhalten bleiben und dass der Zugang zu Schulungen für die dringend benötigten grünen und digitalen Fähigkeiten gewährleistet wird. Diese Lösungen könnten die Antwort auf einige der Probleme sein, die die Behörden beim derzeitigen Aufschwung hin zu einer digitalen und grünen Wirtschaft zu lösen versuchen.

Einige dieser Best-Practice-Lösungen, die von und/ oder zusammen mit den Sozialpartnern umgesetzt wurden, sind es wert, hervorgehoben zu werden. In Deutschland zeigt die jüngste Vereinbarung der IG Metall in der Metall- und Elektroindustrie Lösungen zur Sicherung von Arbeitsplätzen und hochwertiger Beschäftigung in den sich im Wandel befindlichen Branchen auf. Um Beschäftigung zu sichern, können Unternehmen in der Krise das von der Gewerkschaft im laufenden Tarifvertrag erkämpfte zusätzliche Transformationssgeld in Freizeit umwandeln. Auch eine Vier-Tage-Woche mit teilweisem Lohnausgleich wird ermöglicht. Zur Sicherung der Zukunft hat die IG Metall Rahmenregeln für Zukunftstarifverträge in den Betrieben durchgesetzt, in denen etwa Zielbilder, Personalbedarf und Qualifizierung für die Arbeit der Zukunft ausgehandelt werden.

Arbeitszeitverkürzung als Lösung zur Sicherung hochwertiger Arbeitsplätze in Zeiten der Krise und des Wandels wird auch in anderen Ländern wie Spanien umgesetzt. Die spanische Regierung hat sich bereit erklärt, ein Pilotprojekt mit einer Vier-Tage-Woche (32 Stunden) zu starten. Die Umstellung hat keine finanziellen Auswirkungen für die betroffenen Unternehmen oder Arbeitnehmer*innen, da der Staat eine Sonderzulage gewährt. Die Regierung wird auch die Reorganisation der Produktion und den digitalen Wandel in den Unternehmen unterstützen. Für diese Maßnahmen wurden 50 Millionen Euro bereitgestellt.

In Italien haben die drei repräsentativen Gewerkschaften eine Vereinbarung mit dem Ölkonzern ENI unterzeichnet, die Vorruhestand und Neueinstellungen verknüpft. Bis zu 900 Beschäftigte können freiwillig in den Ruhestand gehen, während 500 neue Mitarbeiter*innen eingestellt werden, um mit ihren Qualifikationen zur Umstellung auf kohlenstoffarme Emissionen beizutragen. Das Projekt wird von einem Schulungsplan für etwa 20 000 Arbeitnehmer*innen begleitet. Das Verfahren bei ENI ist Teil des italienischen Finanzgesetzes 2021, das den Generationswechsel in großen Unternehmen fördern soll.

Diese Beispiele sind nur einige der vielen Lösungen, die die Sozialpartner in ganz Europa vorgeschlagen haben, um einen Aufschwung und einen gerechten doppelten Übergang zu gewährleisten. Die ausgewogenen Lösungen bieten Vorteile für Arbeitnehmer*innen, Arbeitgeber und die gesamte Wirtschaft und Gesellschaft. Wir brauchen solche ausgewogenen Lösungen, um zu verhindern, dass Arbeitnehmer*innen und ihre Familien auf der Strecke bleiben und der Populismus in Europa um sich greift. IndustriAll Europe hat klare Forderungen sowohl an die politischen Entscheidungsträger als auch an

die Arbeitgeber, um gemeinsam einen fairen Aufschwung hin zu einer grünen und digitalen europäischen Wirtschaft zu erreichen.

Die Forderungen von industriAll European Trade Union

IndustriAll Europe kämpft gemeinsam mit ihren Mitgliedern für eine faire Erholung von der COVID-19-Krise und für einen gerechten Übergang in den Prozessen der grünen und digitalen Transformation. Dies wird nur möglich sein, wenn die politischen Entscheidungsträger einen erfolgreichen Ausstieg aus den zu Beginn der Pandemie zur Aufrechterhaltung der Wirtschaft ergriffen Maßnahmen sicherstellen. Gerechte Übergänge in ganz Europa, die einen Anstieg der Ungleichheiten und des Populismus verhindern, erfordern eine progressive Reform des Systems der wirtschaftspolitischen Steuerung in der EU, um alle notwendigen Investitionen zu gewährleisten.

Forderungen an die politischen Entscheidungsträger:

- Beibehaltung der Notmaßnahmen, die die Wirtschaft seit Beginn der Pandemie am Laufen gehalten haben, so lange wie nötig, bis eine wirtschaftliche Erholung erreicht ist;
- Reform der Haushaltsregeln, um die aktuellen Gegebenheiten widerzuspiegeln und die Mitgliedstaaten in die Lage zu versetzen, die Herausforderungen der doppelten Transformation zu bewältigen (die aktuellen Haushaltsregeln wurden in den 1990er Jahren als Ergebnis der Inflationserfahrungen der 70er und 80er Jahre entwickelt);
- Neuausrichtung der europäischen wirtschaftspolitischen Steuerung, indem man sich nicht nur auf die Haushaltsdefizite und die Kostenwettbewerbsfähigkeit konzentriert, sondern auch die soziale Dimension einbezieht (die Europäische Säule sozialer Rechte, die UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung), indem man die Europäische Währungsunion widerstandsfähiger gegen künftige wirtschaftliche Schocks macht, indem man die Leistungsbilanzungleichgewichte durchgängig in Angriff nimmt, indem man die Binnennachfrage in den Überschussländern steigert und indem man die Ziele der Vollbeschäftigung und der nachhaltigen Entwicklung in das Mandat der EZB einbezieht;
- Sicherstellung, dass die Finanzmärkte ihre Rolle bei der Unterstützung langfristiger Investitionen in die Realwirtschaft und der Finanzierung des Übergangs zur Nachhaltigkeit in vollem Umfang wahrnehmen; dies erfordert Maßnahmen zur Förderung nachhaltiger Investitionen, die Schaffung einer vollwertigen europäischen Kapitalmarktunion und eine stärkere Rolle für öffentliche Investitionsbanken;
- Schluss mit der Verdrängung sozialer Ziele durch restriktive europäische Fiskalregeln, die eine Erhöhung sozialer Investitionen verhindern und den Abbau von Arbeitsstandards und Lohnzurückhaltung sowie Einschränkungen der Renten- und Sozialversicherungssysteme legitimieren; anstelle einer wettbewerbsorientierten Ausrichtung muss eine aktive europäische Sozial- und Wirtschaftspolitik verfolgt werden, die auf der Stärkung der Binnennachfrage durch eine an den Produktivitätssteigerungen ausgerichteten Lohnentwicklung und einem Ausgleich der Inflationsrate basiert;

- Förderung der Binnennachfrage (durch Anhebung der Löhne im Einklang mit Produktivitätssteigerungen und einen Ausgleich der Inflationsrate, Verringerung der Einkommensunterschiede und der (Erwerbs-)Armut, Erhöhung der Sicherheit durch die Abkehr von der Deregulierung der Arbeitsmärkte und Verbesserung des sozialen Schutzes;
- Neuausrichtung der Strukturreformen durch die Abkehr von der Deregulierung der Arbeitsmärkte, hin zur Förderung sozial relevanter Bereiche wie Qualifikationen, Tarifverhandlungssysteme und sichere Arbeitsverträge, durch Schaffung eines positiven und vorhersehbaren Investitionsklimas für Unternehmen sowie durch eine verantwortungsvolle Staatsführung und effiziente öffentliche Institutionen;
- Verstärkung des Kampfs für eine gerechte Besteuerung. Alle Steuerschlupflöcher und Steuerparadiese müssen geschlossen werden. Die steuerlichen Sonderregelungen innerhalb der EU müssen abgeschafft werden. Die europäische Finanztransaktionssteuer muss ohne weitere Verzögerung eingeführt werden. Gleiches gilt für die gemeinsame konsolidierte Körperschaftssteuerbemessungsgrundlage zusammen mit einem Mindeststeuersatz für europäische Unternehmen. Außerdem müssen faire Steuermodelle für die digitale Wirtschaft entwickelt werden;
- Entwicklung eines gerechteren Steuersystems in der EU durch eine Mindestkörperschaftssteuer, die sicherstellt, dass die Unternehmen Steuern auf ihre Gewinne in den Ländern zahlen, in denen die Arbeitnehmer*innen zu ihrer Erwirtschaftung beigetragen haben;
- Stärkung der Volkswirtschaften durch Ankurbelung privater und öffentlicher Investitionen, Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze, Förderung von Innovationen und Stärkung der allgemeinen und beruflichen Bildung;
- Einführung von Maßnahmen, die den sozialen Zusammenhalt und den Fortschritt fördern, indem sie integrative Arbeitsmärkte, die Gleichbehandlung von Arbeitnehmer*innen und die Schaffung von hochwertigen Arbeitsplätzen unterstützen;
- Umsetzung des Aktionsplans der Europäischen Säule sozialer Rechte zur Entwicklung einer echten europäischen Sozialwirtschaft auf der Grundlage von Sozialdialog und Tarifverhandlungen auf allen relevanten Ebenen;
- Minimierung der negativen sozialen Folgen für Arbeitnehmer*innen, die von der grünen und digitalen Transformation betroffen sind durch die Verwirklichung der sozialen Dimension des gerechten Übergangs;
- Schaffung eines europäischen Rechtsrahmens für die Antizipation des Wandels, um den versprochenen gerechten Übergang zu ermöglichen; dies soll durch die Festlegung von EU-Mindeststandards zur Förderung eines proaktiven und sozial verantwortlichen Ansatzes zur Antizipation und Bewältigung des Wandels gleiche Wettbewerbsbedingungen in Europa schaffen;
- Aufbau, Wiederaufbau und Stärkung des sozialen Dialogs und der Tarifverhandlungsstrukturen in ganz Europa, um die Einbeziehung der Arbeitnehmer*innen und der Sozialpartner in den Aufschwung und die Übergänge zu gewährleisten;
- Stärkung und Anerkennung der Gewerkschaftsorganisationen und ihrer gewählten Vertreter*innen in ihren Vorrechten, ihren Zuständigkeiten und ihrer unabdingbaren Rolle als Akteure des sozialen Dialogs.

Forderungen an die Arbeitgeber:

- Verhinderung von Lohndiskriminierung und Sozialdumping;
- Übernahme ihrer sozialen Verantwortung gegenüber den Arbeitnehmer*innen und dem lokalen Gefüge der Regionen, indem sie bessere Arbeitsbedingungen fördern und sicherstellen und hohe Löhne anbieten, in Achtung der Gewerkschaftsorganisationen und ihrer Vertreter*innen in allen Tätigkeiten und entlang der Wertschöpfungskette und indem sie angemessene Ressourcen bereitstellen, um ihre Investitionen in Tätigkeiten mit hoher Wertschöpfung und in die Kompetenzentwicklung der Arbeitnehmer*innen zu verstärken;
- Unterstützung und aktive Beteiligung am sozialen Dialog und an Tarifverhandlungen auf allen Ebenen; Verhandlungen auf Branchenebene zwischen mehreren Arbeitgebern müssen Vorrang haben, da dies der beste Weg ist, um faire und stabile Bedingungen sowohl für Unternehmen als auch für Arbeitnehmer*innen zu gewährleisten.